

## Revolution „von unten“

Ökonomie und Ökologie, individueller Profit und gesellschaftliche Verantwortung -- traditionelle Gegensätze, die in einer Marktwirtschaft nur durch helfende staatliche Hände vereinbar werden. So zumindest ist es seit Jahrzehnten Konsens unter Ökonomen und politische Praxis in der sozialen Marktwirtschaft. Wo Märkte auf Grund einer Diskrepanz zwischen privaten und sozialen Kosten und Nutzen „versagen“, muss gesteuert werden -- nicht zuletzt durch Steuern. Bildung, Infrastruktur, Kultur, Sicherheit oder Vorsorge, kaum ein Bereich gesellschaftlicher Verantwortung in dem der Wohlfahrtsstaat keine tragende Rolle übernommen hat. Doch wie jedes Konzept hat auch dieses seine Grenzen, wie derzeit anhand einer einzigartigen gesellschaftlichen Herausforderung deutlich wird: Dem Klimawandel.

Der Umgang mit dieser Herausforderung ist dabei nicht mehr durch einen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie geprägt. Denn spätestens seit der Veröffentlichung des Stern Reviews, an dem zahlreiche meiner Kollegen mitgewirkt haben, ist die ökonomische Dimension der globalen Erwärmung weithin bekannt. Werden die schlimmsten Folgen nicht durch einen radikalen Umstieg auf nachhaltiges Wirtschaften verhindert, drohen Kosten in der Größenordnung von mehr 20% der weltweiten Wirtschaftsleistung. Faktisch bedeutet dies einen Rückschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung um Jahrzehnte und unvorstellbare Kosten, die sich insbesondere Industrienationen im demographischen Wandel wie Deutschland nicht leisten können. Ökonomen sprechen bereits vom größten Marktversagen aller Zeiten.

So eindeutig die Diagnose, so schwierig gestaltet sich die Therapie durch den (nationalen) Wohlfahrtsstaat. So wie Märkte bei der Berücksichtigung sozialer Kosten und Nutzen versagen, so scheitern die Nationalstaaten bei der internationalen Koordinierung. Auch wenn wirksame Strategien nur international umgesetzt werden können, ist es immer reizvoller anderen Staaten bei der Umsetzung ehrgeiziger Ziele den Vortritt zu lassen und von deren Anstrengungen zu profitieren -- ein sogenanntes Gefangenendilemma. Ein auswegloses?

Während sich die Politik noch auf der Internationalen Bühne streitet wie Unternehmen national ge(be)steuert werden sollen, hat sich eine Entwicklung in Gang gesetzt, die das traditionelle Verhältnis von profitorientierten Unternehmen und fürsorgendem Staat auf den Kopf stellt. Verantwortungsbewusste Unternehmer passen ihre Strategien den veränderten Rahmenbedingungen an, übernehmen eine corporate citizenship -- was nur unzureichend als bürgerschaftliches Engagement übersetzt werden kann. Zugegeben, oft stehen die Konzepte nur auf dem Papier und werden nicht „gelebt“, doch es gibt sie durchaus, die corporate citizens. Unternehmen wie Ahlfeldt & Company, die ihren Strom zu 100% aus Wasserkraft beziehen, Papier aus zertifizierter nachhaltiger Forstwirtschaft und chemiefreie Druckplatten einsetzen. Anstatt durch (be)Steuerung „von oben“ wird das Marktversagen so durch verantwortungsbewusste Unternehmen „von unten“ behoben.

*Eine Revolution „von unten“ durch Pioniere wie die Ahlfeldt & Company GmbH, die neue Wege gehen -- gehen sie mit!*

\*\* Dr. Gabriel M. Ahlfeldt ist Lecturer in Urban Economics and Land Development am Department of Geography and Environment der London School of Economics and Political Science und Affiliate am Spatial Economics Research Centre